

**Gedenkfeier anlässlich des 81. Gedenktages der Synagogenzerstörung
(Reichspogromnacht) am 9. November, 18 Uhr**

Sehr geehrter Herr Dr. Lange,
verehrte Vertreter des Forums Juden-Christen,
liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Synagogen und wie in Lingen die Jüdische Schule sind stumme Zeugen jüdischen Lebens in Deutschland. Sie sollen uns während der offiziellen Gedenkstunde anlässlich der Pogromnacht als sprechende Zeugen mahnen – in Erinnerung an die ermordeten jüdischen Lingenererinnen und Lingenerer und alle anderen Millionen ermordeter Juden.

Die Bilanz des Novemberpogroms 1938 in Deutschland war verheerend: zahllose zerstörte Synagogen und Bethäuser, Tausende zerstörter Geschäfte und Betriebe, ungezählte verwüstete Wohnungen, Altersheime und Friedhöfe. Über tausend durch Freitode, Folgen der Verletzungen oder der KZ-Haft ums Leben gekommene Juden, von denen zirka 30.000 in Konzentrationslagern deportiert wurden.

Auch hier in Lingen spielten sich furchtbare Szenen ab. So plünderten und zerstörten Nazianhänger die Synagoge und das Textilgeschäft Markreich, das letzte noch bestehende jüdische Geschäft. Am nächsten Morgen ließen SA und Polizei 19 jüdische Männer und Frauen verhaften. Sechs von ihnen – darunter der Vorsteher Wolff – verbrachten die nächsten Wochen im Konzentrationslager Buchenwald. Die Reichspogromnacht markiert den Übergang von der rechtlichen Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung der Juden zur offenen Verfolgung; ein Weg, der schließlich zur Shoah geführt hat. Dass damals so viele weggeschaut oder tatenlos zugeschaut haben, erfüllt uns heute mit tiefem Scham.

Wenn man allerdings die aktuellen Nachrichten verfolgt, wird mehr als deutlich, dass gerade heute ein Gedenken an das Inferno des 9. und 10. Novembers 1938 notwendig ist. Der Versuch eines Massenmordes an Juden am höchsten jüdischen Feiertag in Halle ist heute genau einen Monat her. Der Schütze versuchte zuvor, in eine voll besetzte Synagoge einzudringen, scheiterte jedoch an der Sicherheitstür. Nur durch diesen glücklichen Umstand konnte ein grausames Massaker an der jüdischen Bevölkerung verhindert werden. Der Angreifer, der kurz nach dem Attentat gefasst werden konnte, hat die Tat mit einer Helmkamera gefilmt und live im Internet gestreamt.

Dies ist an Menschenverachtung nicht zu überbieten. Er hinterließ zudem ein antisemitisches Manifest.

Eine Studie im Auftrag des Jüdischen Weltkongresses hat ergeben, dass 27 Prozent der Deutschen antisemitische Gedanken hegen; 41 Prozent der Befragten sind zudem der Meinung, dass Juden zu viel über den Holocaust reden. Für die repräsentative Umfrage wurden vor zweieinhalb Monaten, also vor dem Anschlag in Halle, 1.300 Menschen befragt.

In Reaktion auf die Umfrage fordern viele Parteien, Verbände, darunter auch der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder, dass es nun an der Zeit sei, dass die gesamte deutsche Gesellschaft Position beziehe und Antisemitismus frontal bekämpfe. Wenn sich mehr als ein Viertel der Gesellschaft mit Antisemitismus identifiziere, dann sei es Zeit für die restlichen drei Viertel, Demokratie und tolerante Gesellschaften zu verteidigen.

Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 hat uns deutlich gezeigt, dass Rechtsstaat und Demokratie keine Errungenschaften sind, die selbstverständlich sind. Die rechtsstaatliche Demokratie war und ist eine gefährdete Staatsform.

Der demokratische Rechtsstaat setzt voraus, dass sich die Bürger im Alltag mit Respekt begegnen, dass sie füreinander Verantwortung übernehmen und sich auch im Streit um Wahrheit und Wahrhaftigkeit bemühen. Wo diese Werte missachtet werden, gerät das friedliche Zusammenleben in Gefahr. Es sind nicht erst Taten oder offenkundige Rechtsverstöße, die den Grundkonsens angreifen und beschädigen. Die letzten Jahre haben erschreckend gezeigt: Die Verrohung der Sprache führt zur Verrohung der Sitten.

Die Bilder von zerstörten Synagogen und verwüsteten jüdischen Geschäften aus dem November 1938 sind Teil der deutschen Erinnerungskultur. Aus dieser Kultur des Erinnerns erwächst unsere Verpflichtung aller Generationen gemeinsam allen Formen von Judenfeindschaft und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Antisemitischen und rassistischen Ressentiments darf kein Platz geboten werden. Denn erst sind es Worte, dann folgen die Taten. Populisten und Nationalisten wollen spalten, indem sie Vorurteile schüren und Hassparolen verbreiten. Dieser Hass spaltet, hetzt auf und tötet.

Meine Damen und Herren, beziehen Sie Position. Machen Sie sich stark für Toleranz, Respekt und Mitgefühl. Als im November 1938 die Synagogen brannten, war es dafür bereits zu spät. Der Weg zur systematischen Vernichtung der Juden Europas war unaufhaltsam und mit schweigender Billigung von weiten Teilen der Bevölkerung eingeschlagen.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Gedenkveranstaltung senden wir eine klare und unmissverständliche Botschaft aus: Wir dulden keine rechtsextremistischen und antisemitischen Parolen! Wir gehen entschlossen und konsequent im Alltag zusammen mit den staatlichen Institutionen gegen derartige Parolen vor.

Ich wünsche mir von einer Gesellschaft, in der ich beheimatet sein will, dass ein Klima der Toleranz und des Respekts herrschen. Nur dann können Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen in Frieden miteinander leben.

Jüdisches Leben in Deutschland ist zurück. Trotz der Nazigräuel ist Deutschland heute wieder Heimat für Menschen jüdischen Glaubens. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist ein kostbares Geschenk, dass Deutschland heute wieder eine Heimat für Juden sein kann. Doch die Tatsache, dass es in manchen Städten Viertel gibt, in denen vor dem offenen Tragen der Kippa gewarnt werden muss, ist mehr als alarmierend.

Die Täter von einst leben fast alle nicht mehr. Doch wir alle tragen Verantwortung. Verantwortung gegenüber der Geschichte unserer Nation. Die Erinnerung an die damaligen Gräueltaten darf niemals aufhören. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Juden in welcher Form auch immer angegriffen werden. Wir sind verpflichtet, antijüdischen Vorurteilen zu widersprechen und antijüdischen Angriffen zu widerstehen. Das ist eine Bürgerpflicht, die Pflicht einer jeden aufrechten Demokratin, eines jeden aufrechten Demokraten.

Rechtspopulisten und Rechtsextremisten testen mit immer neuen Provokationen, wie weit sie heute gehen können. Antisemitismus ist kein Phänomen von gestern.

Ausländerfeindliche Parolen, Vorurteile und Intoleranz sind wieder auf dem Vormarsch. Dagegen müssen wir mit aller Kraft ankämpfen und dürfen nicht schweigend den Kopf wegrehen. Schwache müssen wir schützen und für die Demokratie eintreten, sie stärken.

Unsere Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Solange wir dies aktiv leben, werden sich die Ereignisse der grausamen Novemberpogrome nicht wiederholen – da bin ich zuversichtlich.

Bitte gedenken Sie nun mit mir zusammen der Opfer des Anschlags in Halle, aller Opfer von Antisemitismus in unserem Land und derer, die unter dem Naziterror zu leiden hatten. Erinnern wir uns an Männer, Frauen und Kinder, die unermessliches Leid erfuhren. An Menschen, die Angehörige und Freunde, ihr Hab und Gut verloren haben und aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder ihr Leben in Konzentrationslagern, auf Hungermärschen und in Gaskammern verloren.

Danke, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit ein klares Zeichen setzen.